

andere Staat verlangen wir auch, daß unsere Grenzen und unsere Gesetze respektiert werden. Das setzen wir durch. Das ist in allen Ländern der Welt so. Keinem Menschen wird ein Haar gekrümmt, der die gesetzliche Ordnung der DDR achtet. Wer aber der verbrecherischen Aufforderung zur Verletzung unserer Grenzen und Gesetze folgt, wer der törichten Propaganda glaubt, ein Staat DDR existiere nicht, man brauche seine Grenze nicht zu respektieren, der riskiert Kopf und Kragen. Daran kann nichts geändert werden.

Das Regime an einer Grenze aber richtet sich immer nach den Beziehungen zwischen den Staaten, die sie trennt. Sind diese Beziehungen freundschaftlicher Natur, dann kann auch das Regime an der Grenze freundschaftlich und großzügig sein. Wird dagegen, wie es von Westdeutschland und Westberlin aus geschieht, immer wieder der Versuch gemacht, unsere Grenzen zu negieren, sie und unsere Gesetzlichkeit zu mißachten," dann ist es selbstverständlich notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik entsprechende Maßnahmen trifft. Sie schützen unseren Staat, unser Volk und verhindern gefährliche Konflikte. Deshalb beabsichtigen wir nicht, unsere gesicherte in eine ungesicherte Grenze zu verwandeln.

Die westdeutsche Sozialdemokratie sollte interessiert daran sein und sich dafür einsetzen, daß niemand verleitet wird, Grenzzwischenfälle hervorzurufen, die leicht zu gefährlichen Konsequenzen führen könnten.

Werte Genossen!

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD auf unseren Offenen Brief ist auch noch nichts darüber gesagt, wie Sie sich ein vereinigt Deutschland vorstellen. Von der Beantwortung dieser Frage hängt sehr viel ab.

In unserem Offenen Brief sagten wir folgendes: „Wer - so fragen wir - ist dazu berufen, in Deutschland politische Macht auszuüben? Soll es die Arbeiterklasse als stärkste Klasse der Gesellschaft mit ihren Verbündeten, der Bauernschaft, der Intelligenz, den Gewerbetreibenden, aber auch demokratischen antiimperialistischen Kreisen des Bürgertums sein? Oder aber sollen es die hundert Familien der Multimillionäre sein, die gegenwärtig in der westdeutschen Bundesrepublik über viele Hebel ihres mächtigen Monopolapparates alle entscheidenden Machtpositionen in Staat und Wirtschaft, Armee und Polizei, Justiz und Außenpolitik dirigieren und auch die sogenannte öffentliche Meinung beein-